

**1. ordentlicher Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
20.-21. 2. 2015 in Magdeburg**

**Beschluss: Ausnahmslos gegen sexualisierte Gewalt**

Wir sind noch immer entsetzt über die massenhaften sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten. Sie waren von einer Dimension, die wir bislang in Deutschland so nicht kannten. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den betroffenen Frauen. Sie müssen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Es muss eine umfängliche Aufklärung der Taten geben und die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir Grüne stellen uns ausnahmslos gegen sexualisierte Gewalt, egal von wem sie begangen wird. Sexismus und sexualisierte Gewalt sind in Deutschland immer noch weit verbreitet. Wir beschäftigen uns seit vielen Jahren damit und fordern, dieses Problem endlich umfassend anzugehen und nicht weiterhin zu verharmlosen.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die mutmaßlichen Täter Flüchtlinge oder Menschen mit Migrationshintergrund sind. In Folge der Übergriffe auf Köln schienen einige Medien und Politiker\*innen innerhalb kürzester Zeit nach dem Bekanntwerden der Geschehnisse sofort alles zu wissen: In kürzester Zeit wurde vor allem über die Herkunft der Täter spekuliert und ihr Migrationshintergrund bzw. ihr mutmaßlicher religiöser Glaube wurde zum Grund für die Gewalt erklärt. Das hängt auch damit zusammen, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei intransparent war und widersprüchliche Informationen sowohl über den Hergang der Ereignisse als auch über den Hintergrund der Täter veröffentlicht wurden. Hinzu kam, dass ausgerechnet Feministinnen in der öffentlichen Debatte vorgeworfen wurde, die Taten zu verharmlosen, weil sie das Problem des Sexismus in seiner umfassenden Tragweite benannt hatten.

Wir haben keine Angst, die Zusammenhänge von patriarchalen Gesellschaften oder Traditionen und sexualisierter Gewalt zu thematisieren. Wir stellen uns aber dagegen, wenn die Übergriffe in Köln instrumentalisiert werden und das Thema zur generellen Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund benutzt wird. Uns geht es darum, die Opfer zu schützen und die Debatte über sexualisierte Gewalt in all ihren Ausprägungen zu führen. Genau das ist jetzt an der Zeit.

Wer wirklich für Frauenrechte kämpfen will, darf nicht nur über die Herkunft von Tätern

spekulieren, sondern muss sich dafür einsetzen, dass Frauen vor Gewalt geschützt und die Betroffenen der Übergriffe aus der Silvesternacht unterstützt werden.

Es muss jetzt darum gehen die Rechte von Frauen zu stärken.

Dazu fordern wir:

- Deutschland hat im Jahr 2011 die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt unterschrieben, sie jedoch noch nicht ratifiziert. Diese Konvention des Europarats besagt eindeutig, dass nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen unter Strafe zu stellen sind. Das ist in Deutschland noch lange nicht Realität. Wir fordern, dass der Vergewaltigungsparagraph (§177) reformiert wird. *Nein heißt Nein*, dieser Grundsatz muss endlich im Strafgesetzbuch stehen. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu einen eigenen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Der Vorschlag von Justizminister Maas reicht dagegen nicht aus, weil hier zwar weitere Voraussetzungen für die Strafbarkeit hinzugefügt werden sollen, der Grundsatz *Nein heißt Nein* jedoch nicht verwirklicht werden soll.
- Wir fordern unsere Bundestagsfraktion dazu auf, zu prüfen inwieweit weitere Verschärfungen des Sexualstrafrechts notwendig und sinnvoll sind, um auch sexuelle Belästigung angemessen verfolgen zu können.
- Ein großes Problem stellen sogenannte Vergewaltigungsmythen dar, die den Opfern eine Mitschuld an der Tat geben. Wir setzen uns auf allen Ebenen gegen diese Täter-Opfer-Umkehr ein. Dazu gehören Maßnahmen wie Informationskampagnen und Bildungsangebote zu Vergewaltigungsmythen.
- Wir brauchen eine Polizei und Justiz, die zahlreicher und umfassender als bisher in Bezug auf Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung geschult ist. Nur damit kann sichergestellt werden, dass Beamt\*innen auf allen Ebenen und in allen Einsatzlagen für solche Vergehen sensibilisiert sind und adäquat für den Umgang mit Opfern qualifiziert sind.
- Wichtig ist, dass bei Großveranstaltungen wie dem Karneval oder dem Oktoberfest auch die Einsatzkräfte, die vor Ort eingesetzt werden, geschult sind. Frauen sollen, wenn ihnen etwas passiert, wissen, dass sie sich an geschulte weibliche Polizistinnen wenden können, die vor Ort ansprechbar sind. Zur Erstellung von Sicherheitskonzepten für solche Großveranstaltungen im öffentlichen Raum sollte die Expertise von Frauen-Hilfsstrukturen einbezogen werden.
- Das Notfallpaket bei Vergewaltigung, das die Notfallversorgung und Behandlung, sowie die anonyme Spurensicherung beinhaltet, muss für die betroffenen Frauen zur Verfügung gestellt werden. Die Notfallverhütung mit der ‚Pille danach‘ muss kostenfrei sein.
- Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen finanziell ausreichend ausgestattet sein.

Diese Hilfsstrukturen sind von enormer Bedeutung für Frauen, denen (sexualisierte) Gewalt widerfahren ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Konzept vorzulegen, wie sie Frauenhäuser und Beratungsstellen angemessen finanzieren will.

- Auch in Flüchtlingsunterkünften ist Gewalt gegen Frauen, Kinder und LGBTTI-Personen keine Seltenheit. Schutzkonzepte müssen endlich in allen Flüchtlingseinrichtungen umgesetzt werden. Das Personal muss im Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt geschult und den Frauen, Kindern und LGBTTI-Menschen müssen Schutzräume und Beratung geboten werden.
- Sexismus ist ein Problem in allen Schichten unserer Gesellschaft. Wir brauchen jetzt eine neue und umfassende Debatte darüber. Dazu gehört auch die Debatte um sexistische Werbung. Initiativen, die sexistische Werbung problematisieren oder einschränken, wollen wir unterstützen.
- Zur Sensibilisierung, insbesondere von Jungen und Männern, müssen (sexualisierte) Gewalt und sexuelle Belästigung frühzeitig und umfassend thematisiert werden. Infrage kommen dafür Lernorte wie Schulen, Hochschulen und Integrationskurse.
- Projekte, die dem Opferschutz dienen und die sich kritisch mit Männlichkeitsbildern auseinandersetzen müssen gefördert werden.